Gesamtverantwortung Infrastruktur – Umwelt – Klima

Die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten zur Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen, der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur und der Eindämmung der diesbezüglichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima war ein zentraler erster Schritt, um ganzheitliche Lösungskonzepte im Verkehrssektor zu entwickeln und wesentliche Voraussetzungen zu schaffen, um Österreich auf Klimakurs zu bringen.

Frage 1: Wie werden Sie mit diesem zentralen Erbe der jetzigen Bundesregierung umgehen und welche weiteren Schritte planen Sie in der Ressortzuständigkeit, um eine Verkehrswende in Österreich zügig voranzubringen?

Das Erbe der jetzigen Bundesregierung zeigt sich in der Einschränkung der individuellen Mobilität und der Überförderung des öffentlichen Verkehrs. Diese sogenannte Verkehrswende lehnt die FPÖ entschieden ab. Eine „Wende“ ist nicht notwendig. Vielmehr braucht es eine Weiterentwicklung mit Hausverstand, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht nimmt und sowohl den Individualverkehr als auch den öffentlichen Verkehr berücksichtigt.

Kinderrechte und Generationengerechtigkeit

Die Folgen von Umweltzerstörung und Klimaerhitzung sind für jeden heute erwachsenen Menschen unübersehbar, und das sogar innerhalb der eigenen Lebenszeit.

Jede heute geplante Infrastruktur hat Auswirkungen auf Generationen und bewirkt schlimmstenfalls, dass Menschen schon in wenigen Jahrzehnten endgültig ihrer Lebensgrundlagen beraubt sein werden.

In heutigen Genehmigungsverfahren werden mit üblichen Planungshorizonten über wenige Jahre solche mittel- bis langfristigen Schadwirkungen ausgeblendet und bleiben daher weitgehend unberücksichtigt^[1][1]. Tatsächlich aber müsste bei jedem einzelnen Infrastrukturprojekt darauf geachtet werden, dass dieses auch über Generationen hinweg einen überwiegenden Nutzen zeitigt.

Frage 2: Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Entscheidungen die Interessen heutiger Kinder und kommender Generationen wahren? Bitte gehen Sie dazu insbesondere auf Ihren Umgang mit jenen Infrastrukturprojekten ein, die sich in der aktuellen Legislaturperiode lt. erfolgter Evaluierung des Straßenbauprogramms^[2][2] als nicht mehr zukunftsfähig erwiesen haben.

Die Österreicher alleine werden das „Weltklima“ nicht retten können. Eine Deindustrialisierung lehnen wir deshalb entschieden ab. Unabhängig davon ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen sinnvoll und notwendig. Die FPÖ ist historisch gesehen die erste Umweltpartei, allerdings ohne Panikmache.

[1] [1]

https://www.verkehrswende.at/wp-content/uploads/2024/04/medium_2024_01_Kinderrechte_und_Strassenbau.pdf

[2] [2] <https://www.bmk.gv.at/themen/verkehr/strasse/infrastruktur/projekte/evaluierung.html>

Menschliche Sicherheit und Gesundheit

In den vergangenen Jahrzehnten hat eine autozentrierte Siedlungsentwicklung vielerorts dazu geführt, dass der Stellenwert des Menschen hinter jenen des Automobils gerückt ist^[3][3].

Im Kopf so mancher Menschen ist die Verlustangst um den Parkplatz vor der Haustüre teils immer noch größer als die Sorge um die Gesundheit und das Wohlbefinden für sich und ihre Mitmenschen. Für einen bloß vermeintlichen persönlichen Nutzen nehmen wir aber in Wirklichkeit in Kauf, selbst zu Gefährdeten und Geschädigten der Mentalität unserer automobilen Mitmenschen in der Nachbarschaft zu werden, die auf dieselben falschen Werbeversprechen einer Freiheit auf vier Rädern hereinfliegen.

Aktuelle Studien zeigen inzwischen einen alarmierenden Anstieg an Krebserkrankten bei den Jungen^[4][4]. Schon heute sind in Österreich und Europa rund 10% aller Krebsfälle auf Umweltverschmutzung zurückzuführen^[5][5]; allem voran steht hier die Kontaminierung unserer Atemluft und unserer Nahrungskette über Boden und Wasser durch Schadstoffemissionen aus dem motorisierten Straßenverkehr^[6][6].

Selbst ausgewiesene Fachleute warnen inzwischen sogar von einem Desaster, wenn sich die Faktenlage weiter verdichtet, wonach die massenweise aus dem motorisierten Straßenverkehr herrührenden Mikro- und Nanopartikel Krebs im menschlichen Körper begünstigen^[7][7].

Temporeduktion im motorisierten Straßenverkehr ist von der Unfallprävention bis zur Schadstoff- und Lärmentwicklung die wirksamste und kosteneffizienteste Einzelmaßnahme, um die Gesundheit und das Leben von Menschen zu schützen^[8][8].

Frage 3: Mit welchen politischen Mitteln werden Sie den Austrag von straßenverkehrsbedingten Abrieben eindämmen?

Die in der Vorbemerkung der Frage indizierten Schuldzuweisungen an einzelne Bevölkerungsgruppen lehnen wir strikt ab. Unabhängig davon ist eine bewusste Nutzung von Verkehrsmitteln sinnvoll und nicht jeder Weg muss mit dem Auto zurückgelegt werden. Staatliche Autofahrverbote oder ähnliches sind jedoch abzulehnen.

Alltag der kurzen Wege und regionale Wertschöpfung

Attraktive weltverbundene Siedlungsräume mit vielfältigem Freizeitangebot und mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region sind das Fundament für sozialen Wohlstand und einen Alltag der kurzen Wege. Durch Schaffung und Sicherstellung von kurzen Lieferketten bis hin zur kleinräumigen Kreislaufwirtschaft entsteht eine resilientere Wirtschaft, von der wir alle profitieren.

Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie, um den Übergang von einem Alltag der langen Wege beim Güter- und Personenverkehr zu einem Alltag der kurzen Wege zu schaffen?

[3] ^[3] <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-10/verkehrspolitik-kinder-eltern-autos-schulweg>

[4] ^[4] <https://www.krone.at/3330759>

[5] ^[5] <https://www.eea.europa.eu/publications/environmental-burden-of-cancer/beating-cancer-the-role-of-europes>

[6] ^[6] <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/SBI/5215/>

[7] ^[7] <https://youtu.be/D88PDZmzrWg?si=cPZwDGLyjmZcojJA>

[8] ^[8] <https://www.openpetition.eu/!tslr>

Regionalität ist ein wichtiger Faktor, sowohl für die Umwelt als auch für den sozialen Zusammenhalt. Eine entsprechende Bewusstseinsbildung und Förderung wäre daher sinnvoll.

Vermeidung von Mobilitätsarmut

Menschen ohne eigenes Kraftfahrzeug oder ohne Führerschein werden v.a. im ländlichen Raum massiv diskriminiert, Abwanderung und Ortssterben sind die Folge.

Frage 5: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Mobilitätsarmut zu reduzieren und möglichst vielen Menschen insbesondere in infrastrukturschwachen Regionen ein weltverbundenes Leben ohne eigenes Kraftfahrzeug zu ermöglichen?

Individualverkehr darf nicht zum Luxus werden. Insofern ist die von der aktuellen Bundesregierung verordnete Autofahrerabzocke abzulehnen und rückgängig zu machen.

Rechtsstaatlichkeit in UVP-Verfahren

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen kann nur durch Wahrung des Rechts auf wirksame Beschwerde gewährleistet werden.

In Österreich wird aber bis heute Projekten Umweltverträglichkeit bescheinigt, die dieses Attribut unter keinen Umständen verdienen^[9][9]. Unzulänglichkeiten in den nationalen UVP-Verfahren haben mittlerweile dazu geführt, dass die EU gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat^[10][10].

Frage 6: Wie werden Sie Rechtsstaatlichkeit und wirksamen Menschen- und Umweltschutz bei Infrastrukturprojekten sicherstellen, insbesondere auch in jenen Fällen, die offenbar Anlass für die EU waren, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten?

UVP-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass Infrastrukturprojekte nicht unnötig verzögert werden können. Gleichzeitig müssen berechnete Bürgeranliegen berücksichtigt werden.

Ressourcen- und Energieverbrauch

Mit jeder Verkehrsinfrastruktur, jedem Verkehrsmittel und jedem Weg ist ein mehr oder weniger großer Ressourcenverbrauch und Energieaufwand verknüpft, der bei aktiver Mobilität am geringsten und beim Flugverkehr exorbitant ist. Durchschnittlich 50m²/Person fürs Wohnen^[11][11] steht vielerorts ein weitaus höherer Flächenbedarf für den Verkehr^[12][12] gegenüber, sogar einzelne Parkplätze sind größer als viele Kinderzimmer^[13][13]. Radfahrende legen bei gleichem Energiebedarf im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrenner eine ca.

^[9] ^[9] <https://www.verkehrswende.at/2023/04/20/wachtelkoenigs-erkenntnis/>

^[10] ^[10] https://austria.representation.ec.europa.eu/news/europaische-kommission-fordert-osterreich-zur-einhaltung-von-eu-umweltrecht-auf-2024-04-24_de

^[11] ^[11] gemäß Auswertung von <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnsituation>

^[12] ^[12] <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-beim-flaechenverbrauch-des-verkehrs-grosse-unterschiede-zwischen-den-landeshauptstaedten-und-auch-zwischen-den-bezirken>

^[13] ^[13] <https://www.klimaaktiv.at/bildung/klimadialog/infografiken/parkplatzkinderzimmer.html>

20-mal höhere Distanz zurück und kommen auch gegenüber dem Elektroauto auf eine etwa 5-fach höhere Reichweite^[14][14].

Frage 7: Welchen Beitrag werden Sie leisten, um den Menschen eine ressourcen- und energieschonende Mobilität zu ermöglichen?

Keinem Bürger darf durch Einschränkung der Mobilität seine Freiheit genommen werden. Unabhängig davon ist eine ressourcenschonende Lebensweise zu unterstützen, jedoch durch positive Anreize und nicht durch Zwangsmaßnahmen.

Aus Liebe zum Leben

Lebensgrundlagen zu schützen geht uns alle an. Es braucht vielfältiges Engagement von Menschen, die auch gegen den Widerstand verschiedener Lobbys Maßnahmen durchsetzen, um auch kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Egoistische und Partikularinteressen müssen allseits hintangestellt werden, um die Krisen unserer Zeit zu bewältigen.

Frage 8: (Weshalb) können sich Ihre Wählerinnen und Wähler am 29. September 2024 bei Ihnen und Ihrer Partei darauf verlassen, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen oberste Priorität hat und nicht noch mehr Verkehr?

Unsere Wähler können sich darauf verlassen, dass sich keine Lobby-Gruppen durchsetzen, die für sich in Anspruch nehmen, der großen Mehrheit der Bevölkerung vorzuschreiben, wie sie zu leben haben.

Partei

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

^[14] ^[14] <https://www.verkehrswende.at/effizienzwunder/>